Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode 18.10.2022

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Reichardt, Norbert Kleinwächter, Barbara Lenk, Matthias Moosdorf, Stephan Brandner, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König und der Fraktion der AfD

Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen – Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen und umfassend fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kernenergie (2011) und der Kohleverstromung (2020) wurde von den damaligen Bundesregierungen das Ziel formuliert, den Primärenergieverbrauch zukünftig ganz überwiegend aus wetterabhängigen, so genannten erneuerbaren Energien zu decken. Als Übergangstechnologie auf diesem Weg war die vorübergehend verstärkte Verstromung von Erdgas vorgesehen.

Unabhängig davon, wie realistisch diese Ziele im Einzelnen sind, hat der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hier völlig neue Voraussetzungen geschaffen. Die Versorgung mit kostengünstigem Erdgas in ausreichender Menge ist durch die Weigerung der russischen Regierung, weiterhin Erdgas durch Nord Stream 1 zu liefern und die Weigerung der Bundesregierung, die Gasdurchleitung in Nord Stream 2 zu unterstützen, nicht mehr gewährleistet. Zudem ist durch die geopolitischen Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg zweifelhaft, ob und wann Erdgas wieder in einem Umfang zur Verfügung stehen wird, der die Energieversorgung Deutschlands zu wettbewerbsfähigen und nicht volkswirtschaftlich schädlichen Marktpreisen ermöglichen würde.

Eine Energieversorgung zu Kosten und damit auch Preisen, die es deutschen Unternehmen erlauben, auch international wettbewerbsfähig zu produzieren, ist für den Erhalt des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland und damit auch für den Erhalt unseres Wohlstands zwingend notwendig. Ein Versagen, diese Energie in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen bereitzustellen, würde Deutschland in eine lang anhaltende Rezession stürzen und den bisher erworbenen Wohlstand nachhaltig vernichten.

Zugleich ist auch die Versorgung der Bevölkerung mit Energie in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen unerlässlich für die gesellschaftliche Stabilität. Durch den Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung bei zeitgleich ausbleibenden Erdgaslieferungen aus Russland ist diese Versorgungssicherheit derzeit und auf absehbare Zeit nicht mehr gewährleistet.

Die Energiegewinnung aus Kernkraft ist von der Europäischen Kommission als "grüne", d. h. nachhaltige Technologie definiert worden.¹ Diese Einschätzung wurde anschließend vom Europäischen Parlament bestätigt.² Darauf aufbauend setzen daher auch viele unserer europäischen Nachbarn inzwischen wieder verstärkt auf die Kernenergie und bauen zahlreiche neue Kernkraftwerke.³ Der Sonderweg Deutschlands, auch weiterhin auf Kernkraft zu verzichten, gefährdet die Energieversorgung und damit die gesellschaftliche Stabilität und die Zukunft Deutschlands.

Viele der von der Bundesregierung vorgebrachten Vorbehalte gegen die Kernenergie entsprechen nicht mehr dem aktuellen Stand von Forschung und Technik.⁴

Zum einen sind Leichtwasserreaktoren modernster Bauart bedeutend sicherer als jene Reaktoren, gegen die sich in den 1980er erheblicher öffentlicher Widerstand erhoben hatte. Zum anderen wird in absehbarer Zeit durch neue Techniken zur Partitionierung und Transmutation von Reaktorabfällen die Möglichkeit bestehen, insbesondere die für die geologische Endlagerung relevanten Transurane mit langer Halbwertzeit und hoher Radiotoxizität in solche umzuwandeln, die eine bedeutend kürzere Endlagerdauer bei danach deutlich reduzierter Radioaktivität ermöglichen.⁵

Darüber hinaus eröffnen so genannte Kernreaktoren der Generation IV die Möglichkeit, Kernenergie auch unter Sicherheitsaspekten ganz neu zu definieren. Bei den verschiedenen derzeit weltweit in Entwicklung befindlichen Reaktortypen auf Flüssigsalzbasis ist die Gefahr einer Kernschmelze (einer der wichtigen Störfälle, die als GAU, größter anzunehmender Unfall, bezeichnet werden) bauartbedingt nicht mehr gegeben. Darüber hinaus erzeugen diese Reaktoren weniger hochaktive Reststoffe und sind zudem, je nach Technologie, dazu geeignet, bereits vorhandenen Restbrennstoff erneut zur Energiegewinnung zu nutzen.⁶

Bis vor wenigen Jahren hat Deutschland noch einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der friedlichen und sicheren Nutzung der Kernenergie leisten können. Durch den inzwischen vollständigen Wegfall der Förderung solcher Forschung bei gleichzeitiger Weigerung, Kernkraft als zukünftigen Energieträger, ungeachtet technischer Fortschritte, auch nur in Erwägung zu ziehen, ist diese Forschung in Deutschland mittlerweile vollständig zum Erliegen gekommen.

Prägnantestes Beispiel hierfür ist die Entwicklung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoffreaktoren⁷. Diese neue Technik wird derzeit als eine der weltweit vielversprechendsten und innovativsten Möglichkeit zur Energieerzeugung aus Kernkraft angesehen. Aufgrund des kernenergiefeindlichen politischen Umfelds und ausbleibender Fördermöglichkeiten in Deutschland haben sich die beteiligten Forscher jedoch 2021 entschlossen, die praktische Erprobung ihrer in Deutschland entwickelten Technik im Rahmen eines in Kanada ansässigen Unternehmens fortzuführen.⁸

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip 22 2

https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220701IPR34365/taxonomie-keine-einwande-gegen-einstufung-von-gas-und-atomkraft-als-nachhaltig

https://www.rnd.de/politik/atomkraft-in-europa-in-diesen-eu-staaten-wird-der-atomausbau-vorangetrieben-6ST66NUCSVBBJL7ZOCT7EAF2WA.html

https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845286730-305/reaktorsicherheit-als-zukunftskommunikation-nuklearpolitik-atomdebatten-und-kerntechnische-entwicklungen-in-westdeutschland-und-osteuropa-1970-2015?page=1

https://www.cosmos-indirekt.de/Physik-Schule/Transmutation

https://www.spektrum.de/news/kernkraftwerke-der-zukunft/1527265

https://dual-fluid.com/de/

https://www.welt.de/wissenschaft/plus236157206/Atomkraft-Made-in-Germany-Dieser-Reaktor-ist-katastrophensicher.html

Auch ohne den Bau neuer Kernkraftwerke in Deutschland verfügt die deutsche Industrie noch immer über bedeutende Kapazitäten im Kraftwerksbau und bei der Kraftwerkszulieferung. Das damit verbundene wirtschaftliche Potenzial nimmt aber ohne die begleitende Forschung an neuen, besseren Kraftwerkstechnologien rapide ab.

Die kernenergiefeindliche Haltung der Bundesregierung unter Missachtung des aktuellen Forschungsstandes führt somit nicht nur zu einer erheblichen Einschränkung der Versorgungssicherheit, sondern verschließt der deutschen Industrie zudem wichtige und zukunftsweisende wirtschaftliche Impulse.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,
- 1. sich der Einstufung der Kernenergie als nachhaltige, d. h. "grüne" Technologie durch die Europäische Kommission anzuschließen;
- 2. das Atomgesetz dahingehend zu ändern, dass die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland zukünftig wieder möglich ist;
- 3. bereits im Haushalt 2023 Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie bereitzustellen und damit die Kernenergieforschung im gleichen Umfang zu fördern wie es für die Forschung an der Erzeugung von "grünem Wasserstoff" aus so genannten erneuerbaren Energien derzeit beabsichtigt ist;
- 4. dem "Generation IV International Forum (GIF)" beizutreten, sich aktiv an den europäischen und weltweiten Bemühungen, Kernkraft zu einer noch sichereren und nachhaltigeren Technologie weiterzuentwickeln, zu beteiligen und konkrete Anstrengungen zu unternehmen, die Forschung im Bereich der Reaktorphysik und der Entwicklung von Hochtemperaturmaterialien und -maschinenbauteilen für Hochtemperatur-Flüssigbrennstoffreaktoren in Deutschland verstärkt in den Fokus zu rücken.

Berlin, den 28. September 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

